

Der Bote vom Geising

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mittags
Wöchentliche Beilage: „Neue Illustrierte“
Monatsbeilage: „Rund um den Geisingberg“

Müglitztal-Zeitung

Bezugspreis für den Monat 1,15 RM, einschließlich Zustragen
Anzeigen: Die 4 gespaltenen 65 mm breite Millimeterzeile oder
deren Raum 6 Pf., die 3 gesp. Reklame-mm-Zeile oder deren
Raum 12 Pf. — Nachschlag nach Tarif. — D. N. XII. 1230. —
Bei Zahlungsverzug erlischt der Anspruch auf etw. Nachsch.

Bezirksanzeiger für Altenberg, Geising, Lauenstein, Bärenstein und die umliegenden Dörfschaften

Dieses Blatt ist für die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Stadtbehörden
Altenberg, Geising, Lauenstein und Bärenstein behördlicherseits bestimmt

Hauptgeschäftsführer: Werner Kunzsch, Altenberg. Stellvertreter: Felix Jehne, Dippoldiswalde. Verantwortlich für den gesamten Textteil: Werner Kunzsch, Altenberg. Verantwortlicher Anzeigen-
leiter: Werner Kunzsch, Altenberg. Druck und Verlag: F. A. Kunzsch, Altenberg, Poststraße 3. — Fernruf Lauenstein 427 — Postcheckkonto Dresden 11811 — Girokonto Altenberg 11

Nr. 10

Donnerstag, den 25. Januar 1934

69. Jahrgang

Empörung in Frankreich über die Skandale

In der Kammer gibt es Krach . . .

Die französische Kammer setzte am Dienstag die Aussprache über den Gesetzentwurf fort, der jedem wegen Vergehens gegen das Sparkapital Verurteilten die Vornahme von Finanzgeschäften verbietet.

Der Abgeordnete Henryot unternahm einen neuen Vorstoß gegen die Regierung wegen des Stavisky-Skandals.

Als Henryot die Rednertribüne betrat, bemächtigte sich des Hauses eine gewaltige Erregung. Es ertönten laute Rufe und Zischen. Henryot kündigte an, daß er **neue belastende Schriftstücke** bekanntgeben werde. Das war das Signal für ein **Pfeifkonzert** auf den Bänken der Rechten. Gleichzeitig stimmten die Kommunisten die **Internationale** an. Der Lärm wurde schließlich so groß, daß der stellvertretende Kammerpräsident die Sitzung aufhob.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzte Henryot seine Angriffe gegen die Regierung fort. Er beschuldigte Chauteemps, daß er Rechtsbeistand des Generals Barbier de Fou-ton gewesen sei, der dem Verwaltungsrat eines Stavisky-Unternehmens angehört habe. Henryot behauptete weiter, daß der Name des Justizministers Reynaldy in den Aktenstücken einer Stavisky-Affäre stehe.

Die Gerichtsverfahren stockten, weil Einflüsse aus dem Parlament oder aus den Regierungskreisen den Gang der Rechtsprechung verfälschten.

Diese Bemerkung veranlaßte den radikalsozialistischen Abgeordneten Bouesse zu dem Zwischenruf: „**Wieviele bezahlt man Ihnen?**“ In dem Lärm, den dieser Zwischenruf auslöste, rief Bouesse dem Abgeordneten Henryot weiter zu: „**Ich erwarte Ihre Kartellträger!**“

Nochmals Mehrheit für Chauteemps

Nach sehr erregter Aussprache über den Stavisky-Skandal schritt die Kammer zur Abstimmung über die Rückverweisung eines Kapitels des zur Aussprache stehenden Justizhaushaltes, gegen die der Ministerpräsident die Vertrauensfrage gestellt hatte, um sofort das Mehrheitsverhältnis in der Kammer zu klären. Mit 367 gegen 201 Stimmen trat die Kammer für den Antrag der Regierung gegen die Rückverweisung ein und sprach ihr somit das Vertrauen aus.

. . . und auf der Straße nicht minder Barrikadentämpfe in Paris

Nicht nur Paris, sondern ganz Frankreich steht jetzt im Zeichen des Stavisky-Skandals. Schwere Unruhen in Paris strahlen auch nach der Provinz aus, und der Unwille gegen ein Regierungssystem, unter dem ein Betrüger wie Stavisky sein Unwesen treiben konnte, nimmt Formen an, die den Pariser Regierungskreisen sehr zu denken geben. Das sonst so vornehme Pariser Stadtviertel St. Germain bot am Montag und Dienstag ein direkt revolutionäres Bild. Die Bänke wurden ausgerissen und auf die Straße geworfen, die um die Bäume befindlichen eisernen Schutzgitter wurden in die Leitungsanlage der Straßenbahn geworfen und riefen zahlreiche Verkehrsstörungen hervor. Bäume wurden sogar entwurzelt, öffentliche Verkehrsmittel vielfach vollständig zertrümmert. Trotzdem die Polizei Hunderte von Attaken unternahm, vermochte sie die Demonstranten nicht aus dem Felde zu schlagen, da diese sich in den Seitenstraßen sammelten und immer wieder in Schmährufe auf die Regierung ausbrachen. Immer wieder ertönte der Ruf: „Nieder mit den Schwindlern im Parlament und in der Regierung!“ Auf dem anderen Ufer der Seine kam es vor dem Pariser Rathaus zu ähnlichen turbulenten Szenen. An einer Stelle wurde sogar ein Luxusauto von der empörten Volksmenge umgeworfen. Die Ruhe wurde von der Polizei erst wieder hergestellt, als sie rücksichtslos in die Menge hineintritt.

Alexandre war der Lehrmeister Staviskys

Der neue Betrugsstandal,

der zur Verhaftung des Leiters der Beamtenbank, George Alexandre, geführt hat, scheint dem Stavisky-Skandal nicht nachzustehen. Man behauptet, daß zahlreiche bekannte Persönlichkeiten den Verwaltungsräten der von Alexandre gegründeten elf Gesellschaften angehört haben. Ein inzwischen verstorbener ehemaliger Finanzminister, mehrere Abgeordnete und frühere Parlamentarier sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Die Bilanz der Opfer Alexandres ist erschreckend. Nicht weniger als drei Abgeordnete, achtzehn Präfecten, dreißig Hauptkassierer verschiedener Gesellschaften, zwölf Gerichtsvorsitzende, zwei Staatsanwälte, zwei Senatoren, fünfzig Richter, zwölf Polizeikommissare und eine noch nicht übersehbare Menge von Offizieren und mittleren und kleinen Beamten haben dem Großbetrüger ihre Ersparnisse anvertraut. Alexandre scheint auch der Lehrmeister Staviskys gewesen zu sein, denn Stavisky ist vor einem Jahre in einem Unternehmen Alexandres angestellt gewesen.

150 Aktenstücke verschwunden

In der Stavisky-Affäre tauchen immer neue Enthüllungen auf. Am 20. Januar sollten die Aufsichtsratsmitglieder einer Stavisky-Gesellschaft, der Compagnie Foncière et Générale d'Entreprise, die sich mit der Ausführung öffentlicher Bauten befaßte, vor Gericht erscheinen. Die Verhandlung hat aber nicht stattfinden können, da man jetzt festgestellt hat, daß nicht weniger als 150 Aktenstücke verschwunden sind, die trotz eifrigster Nachforschungen bisher noch nicht gefunden wurden.

Ergebnislose Aussprache

Der Pariser Ministerrat zur deutschen Antwort

Die Prüfung der deutschen Antwort auf die französische Denkschrift ist von den zuständigen Stellen des französischen Auswärtigen Amtes und des Ministeriums für die nationale Verteidigung beendet worden.

Das Ergebnis dieser Prüfung faßt das „Journal“ dahin zusammen, daß die deutsche Antwort „nichts anderes darstellt, als einen Rechtfertigungsversuch der deutschen Stellungnahme“. Die Antwort Frankreichs werde weder zweifelhaft sein, noch lange auf sich warten lassen. Wahrscheinlich werde der nächste Ministerrat sie festlegen, so daß dem am 13. Februar in London zusammentretenden Kleinen Büro der Abrüstungskonferenz, falls Englands Vermittlung ergebnislos sein sollte, nichts anderes übrig bleiben werde, als die Aufforderung an den Generalauschuh, „unverzüglich die Schlussfolgerungen aus dem Scheitern der deutsch-französischen Aussprache zu ziehen“.

Bestechungsaffäre in Prag

Die Prager Behörden sind einer umfangreichen Bestechungsaffäre auf die Spur gekommen. Eine Prüfung der Bücher der Prager Baufirma Pille & Brausewetter führte zur Feststellung zahlreicher unbegründeter Ausgabenposten, die unter nichtsjagenden Titeln verbucht waren. Da der Verdacht entstand, daß es sich hier um Bestechungsgelder für staatliche Beamte handeln könnte, die mit der Vergabe oder Führung öffentlicher Bauten betraut sind, wurde eine eingehende Untersuchung vorgenommen. Sie führte zur Verhaftung der beiden öffentlichen Gesellschafter der Firma, der Ingenieure Jehre und Machaczek, und zur Vernehmung zahlreicher Beamter. Einer von ihnen gab zu, daß die Firma im Bereich der Staatsbahndirektion Brünn öffentlichen Beamten Gratifikationen habe zukommen lassen, die in einzelnen Fällen die Höhe von 50 000 Kronen erreichten. Auf Grund der Aussagen wurden vier Beamte der Staatsbahnen in Haft genommen; sie haben bereits eingestanden, Schmiergelder angenommen zu haben.

Politische Umschau

„Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Im Reichsgesetzblatt vom 23. Januar wird das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 20. Januar 1934 veröffentlicht. Das Gesetz, dessen wesentlicher Inhalt bereits bekanntgegeben worden ist, ist vom Reichsminister der Finanzen, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsminister der Justiz, dem Reichsminister der Finanzen und dem Reichsminister des Innern unterzeichnet. Es gliedert sich in sieben Abschnitte mit 73 Paragraphen. Der erste Abschnitt ist überschrieben: „Führer des Betriebes und Vertrauensrat“, der zweite Abschnitt: „Treuhänder der Arbeit“, der dritte Abschnitt: „Betriebsordnung und Tarifordnung“, der vierte Abschnitt: „Soziale Ehrengerechtigbarkeit“, der fünfte Abschnitt: „Kündigungsschutz“, der sechste Abschnitt: „Arbeit im öffentlichen Dienst“ und der siebente Abschnitt: „Schluß- und Übergangsvorschriften.“ Die Zahl der Vertrauensmänner, die dem Führer des Betriebes aus der Gefolgschaft beratend zur Seite stehen und mit dem Führer und unter seiner Leitung den Vertrauensrat des Betriebes bilden, beträgt: in Betrieben mit 20 bis 49 Beschäftigten: 2, in Betrieben mit 50 bis 99 Beschäftigten: 3, in Betrieben mit 100 bis 199 Beschäftigten: 4, in Betrieben mit 200 bis 399 Beschäftigten: 5. Ihre Zahl erhöht sich für je 300 weitere Beschäftigte um einen Vertrauensmann und beträgt höchstens 10. In gleicher Zahl sind Stellvertreter vorzusehen. — Im § 72 bestimmt das Gesetz, daß die am 1. Dezember 1933 geltenden oder nach diesem Tage in Kraft getretenen Tarifverträge bis zum 30. April 1934 in Kraft bleiben. Durch diesen Paragraphen des Gesetzes wird also der gegenwärtige Lohn als Minimum bis zum 30. April 1934 garantiert.

Ein kommunistisches Waffenlager ausgehoben. Dem tatkräftigen Zugreifen des SA-Obersturmführers in Eutin in Verbindung mit der Ordnungspolizei und den zuständigen Gendarmereistandorten ist es gelungen, in der Nähe von Lübeck einen neuen Schlag gegen den Kommunismus zu führen. Zunächst wurden in Stodeldorf zwei Abziehbildapparate, eine Schreibmaschine, Fahnen der KPD-Ortsgruppe Stodeldorf und der „Antifaschistischen Aktion“, ein Leninbild, sowie Literatur und Akten der KPD-Ortsgruppe Stodeldorf beschlagnahmt. Bei der gleichen Gelegenheit konnte festgestellt werden, daß noch im Dezember vorigen Jahres von der kommunistischen Ortsgruppe in Stodeldorf Beiträge

